

Bericht der Landrätin auf der Kreistagssitzung am 06. März 2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
werte Damen und Herren Abgeordnete,
werte Gäste!

Unter dem Eindruck der gerade vollzogenen Schweigeminute für unser Kreistagsmitglied Hannes Hanf fällt es mir schwer, zur Tagesordnung überzugehen. Angesichts solch einer traurigen Nachricht relativiert sich vieles.

Ich möchte mich recht herzlich bei Ihnen für die sachliche, konstruktive Diskussion bedanken, für das Vertrauen, dass Sie, liebe Abgeordneten uns als Verwaltungsspitze entgegengebracht haben. Bis zum heutigen Tag wurden durch Sie alle Beschlussvorlagen mitgetragen. Das ist nicht selbstverständlich und dafür danke ich Ihnen recht herzlich, denn wir haben gemeinsam in den letzten 5 Jahren viel erreicht.

Aus diesem Grunde werde ich in meinem heutigen Bericht eine kurze Bilanz der Schwerpunkte, Themen und Problemlagen darstellen, die wir, also der Kreistag und die Kreisverwaltung, in den zurückliegenden fünf Jahren gemeinsam zu bewältigen hatten.

Würde man die zu Ende gehende Wahlperiode mit einer Überschrift versehen wollen, so könnte sie lauten: Krisenbewältigung und Weichenstellungen für die Zukunft.

Ich denke auch in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich sage, dass sich nach der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 wohl keiner von uns vorstellen konnte, mit welchen gewaltigen Problemlagen wir in dieser Wahlperiode konfrontiert werden.

Bereits ein dreiviertel Jahr nach der konstituierenden Kreistagssitzung – also im März 2020 - verbreitete sich das Corona-Virus weltweit und die Weltgesundheitsorganisation erklärte das Covid-19-Geschehen zur Pandemie. Am 17. März 2020 wurden auch in unserem Landkreis die ersten drei Fälle einer Covid-19-Erkrankung amtlich festgestellt. Was danach folgte, wird wohl jedem, der das miterlebte, in Erinnerung bleiben:

Täglich tagende Krisenstäbe, Telefonkonferenzen, ständig sich ändernde Verordnungen und Gesetze, Lockdowns, Schul- und Kitaschließungen, viele weitere Einschränkungen und Verbote. Dazu sehr viele Ängste und Unsicherheiten. Und über allem das Bemühen, die Menschen – vor allem besonders gefährdete Personen – vor einer Infektion zu schützen.

Wir haben mit verschiedenen Partnern zusammen Testzentren aufgebaut, haben kurzfristig - als ein Grenzübertritt von polnischen Beschäftigten an der Schwedter Grenze nur mit einem negativen Test möglich war - einen UVG-Bus als Testbus wochenlang an der Grenze vorgehalten.

Wir haben das Impfzentrum hier in Prenzlau mit aufgebaut und später in eigene Verantwortung übernommen. Wir haben Impfmöglichkeiten, zuerst in den Pflegeeinrichtungen, dann in allen Regionen des Landkreises angeboten und auch da wieder durch die kurzfristige Bereitstellung eines UVG-Busses diesen durch einen Impfbus an verschiedenen Orten der Uckermark anbieten können.

In der gesamten Zeit hatten wir als Landkreis eine sehr große Unterstützung durch unsere Krankenhäuser und unsere Städte und Gemeinden.

Die Einschränkungen für die meisten Unternehmen, weil diese nicht als systemrelevant eingestuft worden sind, waren gravierend. Denn um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, wurden vielen Unternehmen drastische Maßnahmen auferlegt. Viele Firmen, Verkaufsstellen des Einzelhandels mit Ausnahme des Lebensmittelhandels, Gaststätten, Hotels, kulturelle Einrichtungen, Friseurs und Physiotherapie, Tierparks, Schwimmbäder, Fitnessstudios und vieles mehr wurden quasi über Nacht geschlossen und verloren ihre Existenzgrundlagen.

Kitas und Schulen waren nur im Notbetrieb geöffnet und versetzten Eltern über sehr lange Zeit in eine noch nie dagewesene Situation. Die Betreuung und Bildung unserer Kinder, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die so selbstverständlichen Grundlagen unseres Zusammenlebens, waren plötzlich nicht mehr uneingeschränkt möglich.

Es hat drei Jahre gedauert bis Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die Corona-Pandemie im April 2023 offiziell für beendet erklärte. Mit den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Krise werden wir auch in der Uckermark noch sehr lange zu kämpfen haben. Mit dem Wissen von heute würden manche bundes- und landespolitischen Entscheidungen dieser Zeit sicher anders ausfallen.

Dennoch haben wir mit großem Engagement alles in unserer Kraft Stehende getan, um Leben und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und da, wo es uns möglich war, dennoch mit Augenmaß zu agieren – beispielsweise bei der Nicht-Durchsetzung der Beschäftigungsverbote für nicht geimpftes medizinisches und pflegerisches Personal. Mein ganz besonderer Dank an dieser Stelle gilt Herrn Wichmann als zuständigem Beigeordneten und Frau Krasemann als amtierende Amtsärztin, Frau Fischer und allen Verwaltungsangestellten, die neben ihrer fachlichen Tätigkeit das Bürgertelefon intensiv betreuten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Eindämmung und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest hat uns über die gesamte Legislaturperiode gefordert und sie fordert uns weiter. Ende 2019 wurde diese Tierseuche erstmals im Süden Brandenburgs festgestellt. Seitdem wurden auch bei uns Vorkehrungen getroffen. Nachdem sich dann im Spätsommer 2021 das erste Wildschwein in der Uckermark mit dem ansteckenden Virus infizierte, wurden im Landkreis zahlreiche Maßnahmen zur Tierseuchenbekämpfung ergriffen.

Um die Seuchenherde einzudämmen und die Verbreitung des Schwarzwildes in seuchenfreie Gebiete zu verhindern, wurden in der Uckermark rund 260 Kilometer Festzaun am Fuße des Winterdeichs an der Oder und später am Fuße des Sommerdeichs errichtet. Der Verlauf dieser Zäune, die erheblichen Widerstand und letztendlich auch mehrere Klagen zur Folge hatte, wurde so gewählt, weil wir dadurch so östlich wie möglich den ASP-Eintrag aus Polen verhindern wollten und gleichzeitig die Einschränkung für die Landwirtschaft so gering als möglich halten wollten.

Seither arbeiten im ASP-Krisenzentrum in Angermünde und an der Wildbahn engagierte Mitarbeiter, die nach wie vor zwei- bis dreimal wöchentlich Fallwildsuchen mit Hilfe von Honorarkräften organisieren und durchführen. Gemeinsam wurde hier im Kreistag zweimal eine sogenannte Pürzelprämie beschlossen, um eine intensivere Bejagung zu honorieren und auch die kostenfreie Trichinenuntersuchung wurde Ihrerseits stets unterstützt.

Es gab seit dem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in der Uckermark insgesamt 124 bestätigte Fälle. Ein aktueller Verdachtsfall, der mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls bestätigt wird, wird zurzeit im zuständigen Friedrich-Löffler-Institut untersucht.

Bisher können wir feststellen, dass alle diese Maßnahmen ihre Wirkung entfalten. Eine Ausbreitung des ASP westlich der Zäune wurde bisher erfolgreich verhindert und das bei Blumenhagen eingerichtete Kerngebiet konnte nach einem Jahr ohne positive Funde aufgehoben und als seuchenfrei erklärt werden. Aber die ASP ist nach wie vor präsent. Nach unseren Informationen gibt es in Polen bei Stettin und Police positive ASP-Funde, so dass wir weiterhin in unseren Bemühungen nicht nachlassen dürfen.

Erwähnen möchte ich auch das Fischsterben in der Oder, das uns im August 2022 in Atem hielt und nur dank einer enormen Einsatz- und Hilfsbereitschaft vieler Beteiligten, z. B. der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren, und des THW, der angrenzenden Kommunen, der ansässigen Fischereibetriebe, der Anglervereine und zahlreicher freiwilliger Helfer gemeistert werden konnte.

In mehreren Einsätzen wurden insgesamt ca. 20,4 Tonnen Fischkadaver aus der Oder geborgen und anschließend Dank der unkomplizierten Unterstützung durch das PCK in der dortigen Anlage verbrannt. Diese Einsätze bei zum Teil 35 Grad im Schatten waren für alle Beteiligten extrem beschwerlich und unangenehm. Es war eine ganz außergewöhnliche Bereitschaft zu helfen, die erneut gezeigt hat, wie sehr sich unsere Menschen hier vor Ort für unsere Region einsetzen. Dafür bin ich immer wieder sehr dankbar und das erfüllt mich mit Stolz!

Die Auswirkungen dieser ökologischen Katastrophe, die sich auch in den kommenden Jahren wiederholen könnte, spürten die davon betroffenen Fischerei- und Tourismusbetriebe in besonderem Maße.

Werte Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren!

Die in meinen Augen verheerendste und an negativen Auswirkungen auf uns alle größte Krise begann am 24. Februar 2022 mit dem brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Seit zwei Jahren sterben Tag für Tag Kinder, Frauen und insbesondere Männer an der Front. Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind geflüchtet.

Auch wir haben seitdem insgesamt fast 2.000 Personen bei uns aufgenommen, mit Wohnraum versorgt und betreut. 520 von ihnen haben die Uckermark wieder verlassen - 1.390 geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer leben zurzeit in unserem Landkreis.

Die Hilfsbereitschaft unserer Uckermärkerinnen und Uckermärker war enorm. Ein Spendenaufruf unsererseits erbrachte 66.922 €. Das Geld wurde genutzt, um Hilfsgüter, in die Ukraine zu versenden.

Neben dem unermesslichen menschlichen Leid, das von diesem Krieg mitten in Europa ausgeht, spüren auch wir dessen Auswirkungen sehr direkt:

Die Folgen des Ölembargos, das seit dem 1. Januar 2023 aufgrund einer Protokollerklärung des Bundeskanzlers in Kraft trat, stellt das PCK Schwedt vor enorme Probleme. Die Gesellschafterstruktur ist aufgrund der Anteile des russischen Mutterkonzerns Rosneft und deren Untertreuhandstellung bisher nicht gelöst und sorgt für anhaltende Verunsicherung. Die zusätzlich vertraglich gesicherte Lieferung von kasachischem Rohöl sorgt derzeit für eine erhöhte Auslastung des PCK, damit für eine bessere Wirtschaftlichkeit und eine derzeit gesicherte Diesel-, Benzin- und Bitumenproduktion.

Wir als Landkreis wollen diesen Prozess mit drei Projekten über die JTF-Förderung, die die Transformation im Bereich Schwedt fördern soll, in enger Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium des Landes Brandenburg und dem PCK unterstützen.

Sehr geehrte Mitglieder des Kreistages, werte Gäste,

die zurückliegenden Jahre waren aber auch insgesamt von sehr großen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden und Geflüchteten geprägt. Dieses Thema nahm nicht nur in der Verwaltung und in den Kreistagssitzungen, sondern gesamtgesellschaftlich einen breiten Raum ein.

Erinnern möchte ich an dieser Stelle an das kassatorische Bürgerbegehren vom Sommer 2023, bei dem sich insgesamt 13.030 Einwohner des Landkreises Uckermark gegen die Errichtung und Betreibung einer zusätzlichen Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in der Brüssower Allee ausgesprochen haben. Auch wenn dieses Begehren aufgrund von Ausschluss-Tatbeständen in der Brandenburgischen Kommunalverfassung für ungültig erklärt werden musste, so haben wir dieses Votum ernst genommen und Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, einen Kompromissvorschlag unterbreitet, dem Sie dankenswerterweise zugestimmt haben und der auch von der Mehrheit der Prenzlauer Stadtverordneten mitgetragen wird.

Werte Damen und Herren,

ich bin stolz und dankbar, dass es uns trotz dieser herausfordernden Rahmenbedingungen, die wir nicht zu verantworten, aber zu bewältigen hatten, gemeinsam gelungen ist, wichtige Projekte voranzubringen. Erwähnen möchte ich beispielhaft den Breitbandausbau, der im 1. Schritt mit einem Gesamtvolumen in Höhe von ca. 190 Mio Euro die sogenannten weißen Flecken erschlossen hat und bei dem bis Ende des Jahres ca. 1.800 km Trasse gebaut und 8.335 Hausanschlüsse verlegt sein werden.

In einem weiteren Schritt werden wir den Gigabitausbau mit einem Gesamtvolumen von ca. 230 Mio Euro umsetzen. Entsprechende Bewilligungsbescheide des Bundes und des Landes liegen uns vor.

Mit einem finanziellen Gesamtvolumen in Höhe von ca. 17,2 Mio Euro wurden Schulen in kreislicher Trägerschaft in den zurückliegenden 5 Jahren saniert.

Beispielhaft erwähnen möchte ich dabei:

- das Scherpf-Gymnasium Prenzlau mit einem Finanzvolumen von insgesamt 5,1 Mio Euro,
- die Philipp-Hackert-Oberschule Prenzlau mit ca. 4,5 Mio Euro und
- das Einstein-Gymnasium Angermünde mit ca. 0,8 Mio Euro

Auch an unseren Kreisstraßen sind seit 2019 umfangreiche Baumaßnahmen erfolgt. Insgesamt 17,4 Mio wurden investiert, zum Beispiel für die

- | | |
|-------------------------------|------------|
| - K 7315 OD Eickstedt | 1,6 Mio. € |
| - K 7315 OV Gramzow - Lützlow | 2,5 Mio. € |
| - K 7326 OD Herzfelde | 1,1 Mio. € |
| - K 7308 OD Schönow | 1,0 Mio. € |

Des Weiteren sind im Zeitraum der Legislaturperiode 2019 bis 2024 insgesamt knapp 86 Mio Euro in die Finanzierung der sogenannten freiwilligen Aufgaben geflossen:

- in Bereiche wie beispielsweise Jugend-, Bildungs-, Kultur- und Sportförderung oder die Förderung von Denkmalschutz, der Feuerwehren, von Infrastrukturmaßnahmen oder der Ansiedlung von Ärzten.

Seit Beginn des Schuljahres 2023/2024 gibt es das kostenfreie Schülerticket, mit dem alle Schülerinnen und Schüler aus der Uckermark das ganze Jahr über alle Bahn- und Buslinien innerhalb des Landkreises auch in ihrer Freizeit nutzen können. Damit konnten auch die Diskussionen um Entfernungen zur Schule oder die Möglichkeiten der freien Schulwahl, ohne zusätzliche Kosten für die Familien befriedet werden.

Wir haben gemeinsam die Schulsozialarbeit an unseren uckermärkischen Schulen erheblich erweitert, haben nach langer Zeit wieder hauptamtliche Musikschullehrer und auch die Kita-Praxisberatung ist erheblich erweitert worden, um nur einiges beispielhaft zu nennen.

Werte Abgeordnete,
werte Gäste!

All dies war nur möglich, weil wir – Kreistag und Kreisverwaltung- in den zurückliegenden 5 Jahren gemeinsam partei- und fraktionsübergreifend gearbeitet haben und die Entwicklung des Landkreises im Mittelpunkt unserer Tätigkeit stand.

Auf insgesamt 31 Kreistagssitzungen, davon 10 Sondersitzungen, 28 Sitzungen des Kreisausschusses und weiteren 124 Ausschusssitzungen wurden insgesamt 1.066 Drucksachen behandelt. Darunter 464 Beschlussvorlagen, 225 Berichtsvorlagen, 110 Anträge und Änderungsanträge sowie 267 Anfragen.

Das ist ein enormes Arbeitspensum für Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Sie ja alle ehrenamtlich tätig sind. Herzlichen Dank dafür!!

Dazu kommen weitere Verpflichtungen in den Gremien des Kreistages, wir z. B. Aufsichtsräte oder Beiräte.

Auf die zu Ende gehende Legislaturperiode schaue ich mit Hochachtung, Respekt und Dankbarkeit. Ganz herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

Es ist uns trotz der Krisen gemeinsam gelungen, wichtige Projekte auf den Weg zu bringen.

Am 6. Dezember haben wir hier in diesem Saal das 30jährige Bestehen des Landkreises Uckermark begangen.

Und genauso lange vertreten auch zwei Herren die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises im Kreistag Uckermark: Wolfgang Banditt und Gerd Regler. Beiden ist es gelungen, sechsmal in Folge das Kreistagsmandat zu erringen; jedes Mal mit einem beeindruckend hohen Zuspruch der Wählerinnen und Wähler.

Für ihre über drei Jahrzehnte andauernde engagierte Arbeit für die erfolgreiche Entwicklung unseres Landkreises Uckermark möchte ich mich bei ihnen beiden mit einer Urkunde bedanken und damit meine heutigen Ausführungen beenden.